

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Schaden durch Steuerhinterziehung: 100 Milliarden Euro, die uns fehlen](#)
2. [Patientenschützer warnen: Jeder zweite Pflegeheim-Bewohner rutscht in Sozialhilfe](#)
3. [Gewerkschaft Verdi äußert sich zum sanktionierten Journalisten Hüseyin Dođru](#)
4. [Mit 9-Minuten-Interview zerstört Illner ihren eigenen Talk](#)
5. [Die verkannte Demütigung der Russen](#)
6. [US-Repräsentantenhaus stimmt gegen Iran-Krieg](#)
7. [Im Kriegsfall: Bundeswehr rechnet mit tausenden russischen Kriegsgefangenen](#)
8. [Neue Stützpunkte in Europa? Indizien für Wende in US-Atomstrategie](#)
9. [Deutschlands Kürzungen von Asylleistungen verstoßen gegen EU-Recht](#)
10. [Hinkender Hegemon auf Bittsteller-Tour - US-Präsident in der VR China](#)
11. [Das Ende von SWIFT? Chinas neue Zahlungswege in Afrika](#)
12. [Bankenlobby an Volksschulen: 90.000 Werbehefte im Namen der „Finanzbildung“](#)
13. [Steigender Bedarf: KI-Rechenzentren dürften 2030 einen Wasserverbrauch wie 1,3 Milliarden Menschen haben](#)
14. [Nachrichtenagentur dpa veröffentlicht Anleitung zur vorsorglichen Diskreditierung von Kritik an Wahlen](#)
15. [Veranstaltungshinweise der Woche](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Schaden durch Steuerhinterziehung: 100 Milliarden Euro, die uns fehlen**
Wirtschaftskriminalität wirksam zu bekämpfen, könnte den Fiskus massiv erleichtern.

Um das zu ermöglichen, ist auch ein Umdenken notwendig.

Dem Staat fehlt Geld. So weit, so bekannt. Doch während intensiv darüber diskutiert wird, wer steuerlich ent- und wer zumindest nicht weiter belastet werden darf, bleibt eine Gruppe fatalerweise völlig unbehelligt: diejenigen, die gar nicht erst in die Staatskasse einzahlen oder sich schlimmer noch illegal daraus bedienen. Allein durch Steuerhinterziehung entsteht Deutschland jährlich ein geschätzter Schaden von 100 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere rund 100 Milliarden durch Geldwäsche. Die Debatten um den Haushalt und notwendige Reformen verliefen sicherlich ganz anders, stünde dieses Geld zur Verfügung. Trotzdem behandelt der Staat Wirtschaftskriminalität erstaunlich nachlässig.

Statt die bereits gestohlenen Milliarden zurückzuholen und dafür zu sorgen, dass Wirtschaftskriminelle uns nicht weiter ausnehmen wie eine Weihnachtsgans, werden vor allem die vergleichsweise geringfügigen Vergehen von Sozialhilfeempfänger:innen mit aller Härte geahndet. Der Eindruck drängt sich auf: Der Staat misst mit zweierlei Maß.

Quelle: [Anne Brorhilker in der taz](#)

2. **Patientenschützer warnen: Jeder zweite Pflegeheim-Bewohner rutscht in Sozialhilfe**

Der lange erwartete Entwurf für eine Pflegereform aus dem Gesundheitsministerium sorgt für Kritik von Betroffenenvertretern und Opposition. So warnte der Vorsitzende der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, vor massiven sozialen Folgen: „Absehbar wird die Sozialhilfequote bei Pflegebedürftigen in der stationären Pflege auf 50 Prozent ansteigen“, sagte Brysch dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Anstatt die rasant steigenden Eigenanteile zu stoppen und Pflegebedürftige sowie ihre Familien zu entlasten, würden die Belastungen sogar noch gesteigert.

Quelle: [RND](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Es sieht ganz so aus als die Verarmung weiterer Teile der Bevölkerung in Deutschland politische Absicht.*

3. **Gewerkschaft Verdi äußert sich zum sanktionierten Journalisten Hüseyin Dođru**

Mehr als ein Jahr, nachdem der Berliner Journalist Hüseyin Dođru aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit als Betreiber des Medienportals Red auf die Russland-Sanktionsliste der EU gesetzt und mit Kontosperrungen, Reise- und einem faktischen Berufsverbot belegt wurde, äußerte sich die Gewerkschaft Verdi in Form eines Interviews mit ihrem für Medien zuständigen Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz-Dethlefsen in der Zeitschrift Verdi News vom 6. Juni 2026. Vergangene Woche

war in einem in der jungen Welt veröffentlichten offenen Brief an die Vorsitzenden von Verdi und der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion sowie in einem Kommentar eingefordert worden, dass diese Vereinigungen ihr Schweigen beenden und sich hinter ihr Mitglied Dođru stellen sollen. Die Antworten des Verdi-Funktionärs lassen allerdings auf Verweigerung der Solidarität mit dem sanktionierten Journalisten schließen:

Quelle: [junge Welt](#)

4. **Mit 9-Minuten-Interview zerstört Illner ihren eigenen Talk**

Der ukrainische Präsident schlägt Putin ein persönliches Treffen vor. Am Abend trifft sich der ZDF-Talk bei Maybrit Illner. Die Experten sehen positive Signale in Richtung Frieden. Doch dann spielt Illner ein vorab geführtes Interview mit Klaus von Dohnanyi ein. Das zerstört die ganze Sendung. [...]

Für Illner wird es zum ersten Armutzeugnis, dass sie an keiner Stelle widerspricht. Ein zweites Armutzeugnis ist es, dass sie dieses vorab geführte Interview ohne Erkenntnisgewinn nicht einfach diskret und ungesendet im Archiv verschwinden lässt.

Quelle: [Focus Online](#)

Anmerkung unseres Lesers T.A.: Nachdem in der Talk Show von Maybritt Illner in der Vergangenheit nahezu ausschließlich die westliche Propaganda vom “unprovozierten Angriffskrieg Putins auf die Ukraine” verbreitet wurde, war es gestern ein wenig anders. Der 97-jährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi wurde in einem Interview eingeblendet. Und er sprach aus, was man in unseren Qualitätsmedien fast niemals zu hören und zu lesen bekommt: Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat den Krieg auch dadurch provoziert, indem er die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine in die ukrainische Verfassung schreiben ließ. Und obwohl die meisten Nato-Mitgliedsländer, voran die USA, die Ukraine gar nicht mehr aufnehmen wollen und obwohl offensichtlich ist, dass eine ukrainische Nato Mitgliedschaft russische Sicherheitsinteressen grundlegend bedroht, hat Selenski diese Forderung bis heute nicht aus der Verfassung streichen lassen. Klaus von Dohnanyi hat es offen ausgesprochen: Die nationalistische und korrupte Ukraine verteidigt nicht Europas Freiheit. Indem sie alles dafür tut, Europa in ihren Krieg gegen Russland hineinzuziehen, ist sie eine Gefahr für Europa. Das hat auch Armin Laschet in der Diskussion so bestätigt, ein wenig verdrückt und kleinlaut, aber immerhin deutlich vernehmbar. Die Reaktion auf das Dohnanyi Interview von Maybritt Illner war vorhersehbar. Bereits in der Sendung fand die Nato Propagandistin Claudia Major die Aussagen Dohnanyis “sehr verstörend”. Und die Medien, die bisher ihre Rolle darin sahen, antirussische Ukraine-Propaganda zu verbreiten, schäumen vor Wut. Besonders entlarvend in diesem Zusammenhang ist folgende Aussage auf Focus:

“Ein ... Armutszeugnis ist es, dass sie (Maybritt Illner) dieses vorab geführte Interview ... nicht einfach diskret und ungesendet im Archiv verschwinden lässt.” – Ja, so hätte es der Focus und vermutlich Spiegel, Zeit, Süddeutsche, Frankfurter Rundschau, FAZ, Taz und wie sie alle heißen, wohl gemacht. Meinungen, die nicht dem offiziell anerkannten Geist der Zeit entsprechen, lässt man einfach “diskret und unveröffentlicht im Archiv verschwinden”. – Maybritt Illner hat das nicht getan. Sie hat sich entschieden, das Interview mit Klaus von Dohnanyi zu senden und dafür gebührt ihr Dank.

5. **Die verkannte Demütigung der Russen**

Der Friedensvertrag von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg, in Kraft getreten 1919, hat den Verlierer des Krieges, Deutschland, bewusst gedemütigt. Und das hat, darin sind sich die Historiker einig, dazu beigetragen, dass es Adolf Hitler gelang, an die Macht zu kommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Siegermächte diesen Fehler nicht mehr gemacht. Sie haben Deutschland sogar bewusst geholfen, wieder auf die Beine zu kommen. Aber hat man daraus auch dauerhaft gelernt? Nicht wirklich! Nach dem Untergang der Sowjetunion hat man angefangen, Moskau zu demütigen, trotz der freiwilligen Schließung des Warschau Paktes, trotz Gorbatschows Ja zur Wiedervereinigung Deutschlands, trotz dem Abzug des russischen Militärs aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. Man hat die NATO nicht nur aufrechterhalten, sondern sie sogar um mehrere Länder nach Osten erweitert, man hat Russland aus der G8 wieder ausgeschlossen, man hat 2014 einen Putsch auf dem Kiever Maidan gegen den tendenziell Russland-freundlichen Präsidenten Wiktor Janukowytsh inszeniert, und und und. Im Jahr 2016 hat der damals 90-jährige deutsche Politiker Erhard Eppler dazu eine – gerade auch aus heutiger Sicht – äußerst wertvolle Analyse gezogen.

Quelle: [Globalbridge](#)

6. **US-Repräsentantenhaus stimmt gegen Iran-Krieg**

Das US-Repräsentantenhaus will Präsident Trump beim Einsatz von Truppen gegen den Iran Grenzen setzen. Für den US-Präsidenten ist das ein gefährliches Zeichen. Das US-Repräsentantenhaus hat für den Abzug des Militärs aus Kampfhandlungen mit dem Iran gestimmt und damit den politischen Druck auf Präsident Donald Trump erhöht. Für einen Kampfeinsatz sei eine formelle Kriegserklärung durch den Kongress nötig, hieß es in der Resolution.

Quelle: [Handelsblatt](#)

7. **Im Kriegsfall: Bundeswehr rechnet mit tausenden russischen Kriegsgefangenen**

Die Bundeswehr rechnet im Kriegsfall mit mehreren tausend russischen Kriegsgefangenen und plant deren Haft in Deutschland. Das erklärte der Kommandeur

des Landeskommandos Hamburg, Kurt Leonards, am 13. Mai auf dem „Interdisziplinären Symposium zu Krieg und Frieden auf See“ der Rederei Hapag-Lloyd. In einem von einem Teilnehmer aufgenommenen kurzen Audio- und Videomitschnitt des Vortrags beschreibt der Kapitän zur See, wie „Tausende von Kriegsgefangenen“ zunächst in Deutschland und dann in Europa verteilt werden müssten. Die Veranstaltung fand in der Kühne Logistics University in Hamburg statt. Auch bei einer Veranstaltung des norddeutschen Unternehmensverbands „Aga“ am vergangenen Montag sprach Leonards über mögliche Kriegsgefangene. Zudem beschreibt der Kommandeur des Landeskommandos Hamburg, in einem Interview mit dem NDR (ab Minute 43) am Rande des Symposiums, wie eine militärische Reaktion auf das „durchaus“ mögliche Szenario eines russischen Angriffs auf einen der baltischen Staaten aussieht. Sobald die Nato „den Eindruck“ habe, es versammelten sich russische Truppen, um ein Eindringen ins Baltikum vorzubereiten, werde der Bündnisfall ausgerufen. Dann werde sofort mit Truppenverlegungen begonnen, um Russland abzuschrecken. Um diese Truppen möglichst schnell in den Osten zu verlegen, brauche es einen Plan, „um 800.000 Soldaten“ durch Deutschland „zu bewegen“, so der Offizier. Im September finde daher die Übung „Red Storm Charlie“ statt, um diesen logistischen Ernstfall in Hamburg zu proben.

Quelle: [Multipolar](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Ist der „Operationsplan Deutschland“ von Wahnsinnigen entwickelt worden? Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger werden nicht geschützt, sondern sind der Standort und die Hauptbetroffenen in einem Kriegsfall gegen Russland. Der russische Präsident Putin hat bereits vor einigen Monaten gewarnt, dass [„wenn Europa plötzlich einen Krieg gegen uns beginnt, dies meiner Meinung nach sehr schnell gehen wird. Das ist nicht die Ukraine“](#). Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut:*

- a. [Operationsplan Deutschland – die Kriegsvorbereitungen laufen](#)
- b. [Operationsplan Deutschland? Heimatschutzregimente? Zivilverteidigung? Der eingeschlagene Weg ist ein Weg in den Krieg.](#)

8. **Neue Stützpunkte in Europa? Indizien für Wende in US-Atomstrategie**

Europa ist sich der Unterstützung der USA im Konfliktfall etwa mit Russland in den letzten Monaten nicht immer sicher gewesen. Washington drohte mit dem Austritt aus der NATO, US-Präsident Donald Trump kündigte einen Abzug Tausender Soldaten aus Deutschland an. Am Dienstag hieß es nun überraschend und völlig konträr, die USA dachten über eine Aufstockung ihrer Atomwaffen in Europa nach – auch in Ländern, wo es solche bisher nicht gibt.

Quelle: [ORF](#)

9. Deutschlands Kürzungen von Asylleistungen verstoßen gegen EU-Recht

Grundlegende Leistungen wie Kleidung und Haushaltsprodukte dürfen abgelehnten Asylbewerbern nicht gekürzt werden. Das hat der Europäische Gerichtshof entschieden. [...]

Geklagt hatte ein Asylbewerber aus Afghanistan, der nach Rumänien abgeschoben werden sollte. Er wurde vom bayerischen Landkreis Schweinfurt mit Essen, einer beheizten Unterkunft sowie im Hinblick auf Hygiene und Gesundheit versorgt, bekam aber keine Leistungen für Kleidung und Haushaltsprodukte.

Die Richterinnen und Richter in Luxemburg stellten klar: Zum einen gehöre Kleidung zu den »elementarsten Bedürfnissen«. Zum anderen seien Geldleistungen für den täglichen Bedarf – etwa für Fahrkarten, Kommunikationsmittel oder Körperpflegeprodukte – notwendig, um ein »Mindestmaß an Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben« zu gewährleisten.

Quelle: [Zeit Online](#)

10. Hinkender Hegemon auf Bittsteller-Tour - US-Präsident in der VR China

Die Reise des US-Präsidenten nach China war alles andere als ein gewöhnlicher Staatsbesuch. Sie markiert einen Moment, in dem sich die Interessen des amerikanischen Großkapitals und die hegemonialen Machtansprüche Washingtons besonders deutlich überlagern. Während die mediale Inszenierung von „gegenseitigem Verständnis“ und rotem Teppich sprach, ging es in der Sache um eine pragmatische Verständigung auf Augenhöhe, die beiden Seiten erlaubt, ohne Gesichtsverlust ihre Kerninteressen abzusichern – Märkte, Lieferketten, technologische Vorherrschaft und Wachstumschancen im Zentrum der globalen Ökonomie.

Die US-Regierung fungiert dabei als Durchsetzungsorgan der Interessen von Monopol- und Finanzkapital. Dass der US-Präsident von milliardenschweren, mit Epstein verbundenen oligarchischen Freunden begleitet wurde, verdeutlicht den Charakter der Reise: An Bord waren die Schlüsselfraktionen des Kapitals – Tech-Industrie, Finanzkapital und Industrie –, jene Akteure, die am meisten von offenen Märkten, kontrolliertem Zugriff auf chinesische Daten und verlässlichen Investitionsbedingungen profitieren. Was zeigt, dass US-kapitalistische Oligarchen das politische System vollständig kontrollieren

Quelle: [isw](#)

11. Das Ende von SWIFT? Chinas neue Zahlungswege in Afrika

Während China seine wirtschaftliche Präsenz in Afrika weiter verstärkt, tritt die Beziehung in eine neue Phase ein, die Ziegel und Mörtel hinter sich lässt.

Der Pekinger Aktionsplan für 2025 bis 2027 umfasst Unterstützung für 30 Projekte von Infrastrukturverbindungen quer durch Afrika, während Länder wie Kenia und Uganda

bereits durch von China gestützte Transportverbindungen wiederbelebt werden, wie die Verlängerung der Normalspurbahn und die Autobahn Rironi-Mau Gipfel in Richtung auf die ugandische Grenze.

Für Analytiker, die die finanzielle Zukunft des Kontinents im Blick haben, sind diese Entwicklungen nicht nur deshalb bedeutend, weil sie Waren bewegen, sondern auch, weil sie die kommerziellen Fundamente für ein paralleles Zahlungssystem legen könnten, das rund um Chinas digitale RMB (digitaler Yuan/e.CNY) aufgebaut ist und möglicherweise den afrikanischen Volkswirtschaften einen schnelleren, weniger vom Dollar abhängigen Weg zu handeln verschafft.

Die westlich dominierten weltweiten Zahlungssysteme, die rund um SWIFT und die vermittelnden Banken angelegt sind, wurden schon lange für ihre hohen Transaktionskosten, Verzögerungen und ihre Verwundbarkeit gegenüber geopolitischem Druck kritisiert. Aber da China seine grenzüberschreitenden digitalen Zahlungssysteme ausweitet, während es seine Verbindungen nach Afrika vertieft, sagen Analytiker, diese Plattform könnte eine bedeutende Veränderung darstellen, wie der Kontinent Geld über Grenzen bewegt.

Quelle: [RT DE](#)

12. **Bankenlobby an Volksschulen: 90.000 Werbehefte im Namen der „Finanzbildung“**

90.000 Werbehefte für Volksschulkinder. Bankenlogos im Klassenzimmer. Und Finanzkonzerne, die bei Lehrplänen mitreden. Was absurd klingt, passiert längst mitten in Österreichs Schulen. Unter dem Schlagwort „Finanzbildung“ drängt die Bankenlobby immer stärker in den Unterricht. Offiziell geht es darum, Kinder im Umgang mit Geld zu stärken. Laut Attac verbreiten sie jedoch die Idee, dass jede und jeder selbst für Wohlstand, Pension und finanzielle Sicherheit verantwortlich ist – während politische und gesellschaftliche Ursachen wirtschaftlicher Probleme in den Hintergrund treten. Eine neue Analyse von Attac Österreich zeigt, wie groß der Einfluss bereits ist.

Quelle: [Kontrast.at](#)

13. **Steigender Bedarf: KI-Rechenzentren dürften 2030 einen Wasserverbrauch wie 1,3 Milliarden Menschen haben**

Ein neuer Bericht schätzt die Umweltfolgen von Datenzentren und KI-Anfragen ab – und rät unter anderem zum Verzicht auf Höflichkeit. Fachleute sehen dies kritisch. Sie wachsen wie Schwammerl aus dem Boden: Rechenzentren werden gebaut, derzeit vor allem, um den Bedarf von KI-Anwendungen zu decken. In Kronstorf an der Enns baut Google seit April sein erstes eigenes Rechenzentrum in Österreich, das Grundstück kaufte der US-amerikanische Tech-Gigant bereits 2008. Die Schweiz gehört weltweit gar zu den Ländern mit der höchsten Rechenzentrumsdichte. In den

USA stehen die meisten, 2025 waren es bereits mehr als 4100.

Damit gehen nicht nur wirtschaftliche Vorteile einher. Längst regt sich Widerstand, unter anderem aufgrund des hohen Wasser- und Energieverbrauchs.

Quelle: [der Standard](#)

14. **Nachrichtenagentur dpa veröffentlicht Anleitung zur vorsorglichen Diskreditierung von Kritik an Wahlen**

Deutschlands wichtigste Nachrichtenagentur dpa hat eine hochproblematische Anleitung zur vorsorglichen Widerlegung von Kritik an Wahlumfragen, Wahldurchführung und Auszählung von Wahlen veröffentlicht. Die Prämisse lautet: Wahlen in Deutschland sind immer sauber, allenfalls manchmal auf vernachlässigbare Weise fehlerhaft. Wer sie kritisiert betreibt Desinformation und ist ein Demokratiefeind.

Quelle: [Norbert Häring](#)

15. **Veranstaltungshinweise der Woche**

a. **Das Feindbild Russland, der Krieg in der Ukraine und die US Air Base Ramstein - wie kommen wir zu Frieden in Europa?**

Die Friedens- und Zukunftswerkstatt veranstaltet zusammen mit der Kampagne Stopp Airbase Ramstein am Freitag, den 26. Juni 2026 um 19 Uhr eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz in Kaiserslautern. Moderation: Reiner Braun.

Ort: Veranstaltungszentrum- Lauterstraße Gartenschau Kaiserslautern 51

b. **“Frieden beginnt mit uns!”**

- eine gemeinsame Veranstaltung gegen den Tag der Bundeswehr in Mitteldeutschland.

6. Juni 2026 10:00 - 15:00 Uhr

Ort: 06667 Weißenfels, Markwerbener Straße (Park an der Saale)

Veranstalter: Die Linke. Sachsen-Anhalt, VVN-BdA, DFG-VK und “Schulstreik gegen Wehrpflicht”

Quelle: [die Linke Sachsen-Anhalt](#)

c. **Einladung zum feierlichen Gedenken am 21. Juni 2026 anlässlich des Überfalles Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion vor 85 Jahren**

Mit dem wortbrüchigen, räuberischen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941- getarnt als „Unternehmen Barbarossa“ erreichte die faschistische Aggression ihren Gipfelpunkt. Dieser Krieg war von Anfang an als Vernichtungskrieg geplant und forderte mindestens 27 Millionen Menschenleben auf der Seite der Verteidiger ihrer Heimat, der Sowjetunion - den Befreiern vom Hitlerfaschismus.

Der Große Vaterländische Krieg begann am 22. Juni 1941 und endete mit dem

Sieg über den Hitlerfaschismus am 08./ 09. Mai 1945.

Wir wollen daran erinnern und der Opfer, der tapferen Kämpfer, der Helfer im Hinterland, der Partisanen - also allen, die am Sieg beteiligt waren, gedenken. Der Landesvorstand Thüringen des Deutschen Freidenker Verbandes und der Rotfuchsförderverein Gera/Altenburg laden ein zu einem feierlichen Gedenken mit Sebastian Bahlo, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes und Arnold Schölzel, Vorsitzender des Rotfuchsvereins.

Datum: 21. Juni 2026

Uhrzeit: 11.00 Uhr

Ort: 07546 Gera

Friedhofstrasse 19

Ostfriedhof/Ehrenmal

d. **Protest zur Gesundheitsministerkonferenz**

Für eine Gesundheits- und Sozialpolitik, die alle schützt. Nicht nur diejenigen, die es sich leisten können.

Wann: Mittwoch, 10. Juni 2026, 12.30-15.00 Uhr

Wo: Hannover, Platz der Menschenrechte 1 (ehemals Trammplatz)

Die IPPNW bildet einen Block gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens
IPPNW-Treffpunkt für die Demo ist um 12.00-12.15 Uhr vor dem Museum August Kestner Trammplatz 3, direkt neben dem Neuen Rathaus, wo die Demo beginnt.
Vom Hbf sind es ca 15 Minuten Fußweg, oder mit der U- Bahn Linien 3, 7, 9 oder 13 bis Haltestelle Markthalle/Landtag, dann noch 7 Minuten Fußweg.

Quelle: ver.di

e. **Der Krieg am Persischen Golf - Eskalation, Interessen, Auswege**

Die Veranstaltung mit Dr. Sajjad Safaei bietet eine analytische Einordnung der Ursachen, des bisherigen Verlaufs und möglicher Entwicklungslinien dieses Konflikts. Im Zentrum steht nicht die schnelle Schlagzeile, sondern die strategische Frage, welche Wege aus der Eskalation denkbar sind – hin zu Frieden oder wenigstens zu einem gesicherten Zustand des Nicht-Krieges. Dr. Sajjad Safaei ist multidisziplinärer Forscher, Dozent und Analyst mit Sitz in Deutschland. Er war Postdoktorand am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung und lehrte unter anderem an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie an der Universität Zürich. Seine Analysen zu iranischer Innen- und Außenpolitik, zur Geopolitik des Nahen Ostens, zur US-Außenpolitik sowie zu Fragen internationaler Sicherheit erschienen unter anderem in Foreign Policy, Responsible Statecraft, Al Jazeera, DAWN und The National Interest.

Der Vortrag wird in englischer Sprache gehalten, Diskussionsbeiträge gern auf Deutsch.

Donnerstag, den 11.06.2026

Beginn: 18:30 Uhr, Einlass ab ca. 18:00 Uhr.

Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin.

Wir bitten um Anmeldung unter:

kontakt@eurasien-gesellschaft.org

Wir bitten um die Überweisung von 10 Euro mit dem Vermerk „Veranstaltung 11.06.2026“ auf das Vereinskonto: DE54 1009 0000 2894 9370 01

f. **Vortrag & Diskussion**

Dr. Petra Erler: Eine europäische Friedensordnung - nur ein russischer Traum?

Zeit: Donnerstag, 11. Juni, 19 Uhr

Ort: Saal Heinrichstraße 11, Bremen

Am 9. Mai gab es einen bemerkenswerten Hinweis des russischen Präsidenten Putin. Er brachte Altkanzler Gerhard Schröder als Friedensvermittler ins Gespräch. Bringt dieser Hinweis auf Verhandlungsbereitschaft der russischen Seite endlich Bewegung in Richtung Dialog und Diplomatie zur Lösung des Konfliktes um die Ukraine? Soweit erkennbar, verweigert sich der Westen. Immerhin: Nach Jahren der diplomatischen Eiszeit gegenüber Russland sehen immer mehr EU-Staats- und Regierungschefs wieder die Notwendigkeit, mit dem russischen Präsidenten zu sprechen: Macron, Meloni, Fico, der österreichische Bundeskanzler Stocker. Orban, der ungarische ehemalige Ministerpräsident hatte den Kontakt nie abgebrochen. Selbst der deutsche Bundeskanzler Merz betonte im Januar 2026 in Dessau, dass in der längeren Perspektive ein Ausgleich mit dem größten europäischen Nachbarn, Russland, gefunden werden soll. Dann, wenn Freiheit und Frieden nach Europa zurückkehren.

Der Vortrag geht der Frage nach, wann nach dem Ende des Eisernen Vorhangs die ersten Vorstellungen/Vorschläge einer europäischen Friedensordnung entstanden, und was das alles mit unserem Land zu tun hat.

Auch heute haben wir wieder die Wahl: eine stabile Friedensordnung oder dauerhafte Feindschaft und Konfrontation. Wofür werden sich die regierenden Eliten in Deutschland entscheiden?

Zur Person

Dr. Petra Erler ist Co-Autorin des Buches „Der lange Weg zum Krieg. Russland, die Ukraine und der Westen“. Regelmäßig veröffentlicht sie unter „Nachrichten einer Leuchtturmwärterin“ - Analysen zum Zeitgeschehen.

Quelle: [Flyer](#)

Anmerkung der Redaktion: Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.